

Seite: 0  
Ressort: Politik

Rubrik: Soziales/Finanzen/Kitas/ZF  
Mediengattung: Nachrichtenagentur

# Senat weist Diakonie-Kritik an Kita-Baufinanzierung in Berlin zurück - (Zusammenfassung 1700, neu: Reaktion Senat)

Berlin (epd). Der Berliner Senat hat mit Unverständnis auf Vorwürfe der Diakonie mit Blick auf die Kita-Finanzierung reagiert. Die Mittel für den Kita-Ausbau seien kürzlich in den Haushaltsberatungen für 2022 und 2023 noch einmal aufgestockt worden, sagte ein Sprecher der Senatsbildungsverwaltung dem Evangelischen Pressedienst (epd) am Freitag: «So stehen allein für die beiden Jahre mehr als 70 Millionen Euro zur Verfügung.» Das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz hatte dem Senat zuvor eine unzureichende Finanzierung von Kindertageseinrichtungen freier Träger vorgeworfen.

Aktuell würden in der Stadt 250 Millionen Euro für den dringend notwendigen Kita-Ausbau benötigt, erklärte das Diakonische Werk am Freitag in Berlin. Der Senat sehe jedoch nur ein Fünftel dieser Summe vor und stelle den landeseigenen Betrieben mehr Fördermittel zur Verfügung als den freien Trägern. Der Kitaplatzausbau der freien Träger sei deshalb in Gefahr. Insgesamt würden 20.000 zusätzliche Kitaplätze gebraucht.

«Richtig ist, dass wir bis zum Jahr 2026 noch rund 8.000 Plätze benötigen, nicht 20.000», sagte der Sprecher der Bildungsverwaltung. Dies seien die Zahlen aus dem aktuellen Kitaentwicklungsplan. Für diese 8.000 Plätze würden rund 160 Millionen Euro benötigt. «Diese Mittel werden mit der Finanzplanung auch sichergestellt», sagte der Sprecher. Die Fördergrundsätze seien zudem für staatliche und freie Träger gleichermaßen verbindlich.

Rund 80 Prozent der Berliner Kitas und Horte würden in freier Trägerschaft geführt, betonte die Diakonie. Zahlreiche Bauvorhaben stockten dort derzeit oder würden ganz aufgegeben. Wenn Bauprojekte freier Träger die gleiche Förderung erhielten wie die Bauvorhaben der landeseigenen Kitaträger, wären die benötigten neuen Plätze unproblematisch zu schaffen, erklärte Astrid Engeln, Leiterin des Arbeitsbereichs Kindertageseinrichtungen in der Diakonie Berlin. Im Interesse von Eltern und Familien müsse die Landespolitik hier umsteuern.

Allein von neun modularen Kita-Bau-

ten in besonderer Holzbauweise, die höhere Kosten verursachten, würden vier an freie Träger übergeben, betonte der Sprecher der Senatsbildungsverwaltung: «Der aufgemachte Gegensatz ist daher nicht richtig.» Sowohl die öffentlichen Träger als auch die freien Träger seien an die Förderrichtlinie gebunden. Beide bekämen das gleiche Fördergeld. «Die Senatsverwaltung sollte hier keinesfalls auf kurze Sicht fahren», betonte hingegen Diakonie-Vorständin Andrea Asch. Berlin bleibe eine überproportional wachsende Stadt mit starker Zuwanderung. Es könne nicht gewollt sein, dass Eltern ihre Kleinsten durch die halbe Stadt zum Kitaplatz fahren müssten. Eine wohnortnahe Betreuung und ausreichende Versorgung gerade in benachteiligten Gegenden müsse in der Vergabe von Baubescheiden Vorrang haben. Dafür müssten die Förderpauschalen an die Bedarfe angepasst werden.

epd ost yj phi

Wörter: 393